



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen (SG/016/2010)

am Donnerstag, 14.10.2010,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Martin Seidel

CDU-Fraktion

Elke Fischer
Peter Krüger
Angelika Malberg
Silke Schöps

Fraktion DIE LINKE.

Katrin Mehlhorn
Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gerit Thomas

SPD-Fraktion

Richard Kaniewski

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Stellvertretende Mitglieder

Margit Haase
Burkhard Vester

Vertretung für Herrn Jens Hoffsommer
Vertretung für Herrn Jens Genschmar

Abwesend:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

FDP-Fraktion

Jens Genschmar

Verwaltung:

Frau Förster	Rechnungsprüfungsamt
Frau Claußnitzer	Rechnungsprüfungsamt
Frau Taschenberger	Rechnungsprüfungsamt
Herr Schreiter	Haupt- und Personalamt
Frau Weigl	Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Normann	Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Haynert	Gesundheitsamt
Frau Dr. Darmstadt	Amtsleiterin Gesundheitsamt
Frau Zschöckner	Amtsleiterin Sozialamt
Frau Peters	Sozialamt
Frau Adam	Stadtkämmerei
Frau Müller	Behindertenbeauftragte
Herr Opitz	GB 5
Herr Jama	GB 5
Frau Pretzsch	Sozialamt

Schriftführer/-in

Helga Hauptmann

OB 12

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----------|-----------------------------------|--|
| 1 | Verbraucherinformation verbessern | A0220/10
beschließend |
|----------|-----------------------------------|--|

Nicht öffentlich

- | | | |
|------------|--|---|
| 2 | Haushaltssatzung 2011/2012 | V0750/10
beratend |
| | verteilt in Stadtratssitzung am 30.09.2010 | |
| 3 | Öffentlich geförderte Beschäftigung und die Aufgaben der Qualifizierungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft (QAD gGmbH) in Dresden | A0221/10
beratend |
| 4 | Notwendigkeit der Neuorganisation im Bereich Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) ab 1. Januar 2011 - Ein Vergleich der Organisationsformen "optimiertes Jobcenter" und "Option" | V0621/10
beratend |
| 5 | Neuorganisation der Trägerschaft für Grundsicherung für Arbeitssuchende | A0171/10
beratend
(federführend) |
| 6 | Variantenrechnung für die Einführung eines Schüler- und Sozialtickets | V0661/10
beratend |
| 7 | Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen 2007 bis 2009 | V0593/10
zur Information |
| 8 | Informationen/Sonstiges | |
| 8.1 | Wohngeldbehörde / Widerspruchsstatistik | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Bürgermeister Seidel stellt die Beschlussfähigkeit fest, eröffnet und leitet die Sitzung. Die Einladung erfolgte form- und fristgemäß. Die heutige Tagesordnung wird wie folgt bestätigt:

Die Tagesordnungspunkte des Nachtrags werden nach dem bisherigen TOP 3 behandelt.

Abstimmung: 11/0/0

1 Verbraucherinformation verbessern

**A0220/10
beschließend**

Frau Stadträtin Mehlhorn bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Stadträtin Malberg verweist darauf, dass regelmäßige Kontrollen in Lebensmittelbereichen und Gastronomie durchgeführt würden. Was mit dem Antrag gefordert werde, führe zu mehr Verwaltungsaufwand. Der 2. Beschlusspunkt stelle ihrer Meinung nach eine Stigmatisierung dar und ihre Fraktion halte dies nicht für angebracht.

Herr Stadtrat Muskulus hält die Veröffentlichung von ausgewählten Ergebnissen über Verstöße und positive Entwicklungen auf dem Gebiet der Lebensmittelhygiene, der Wasserhygiene und anderer Sachverhalte im Internet für notwendig.

Er verweist darauf, dass die Sächsische Ministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Clauß, eine Regierungserklärung zum Thema Verbraucherschutz abgegeben habe, wo sie explizit die positive Darstellung gut funktionierender Gaststätten gefordert habe.

Mittlerweile habe es eine Konferenz der Fachminister in Deutschland gegeben, die genau dieses hier beantragte Verfahren für positiv anerkannt hätten.

Man könne nun natürlich abwarten, bis der Beschluss aus der Ministerkonferenz in Deutschland umgesetzt werde. Aber es gebe mittlerweile in Deutschland Städte und Gemeinden, die bereits so verfahren.

Frau Stadträtin Malberg stellt kritisch fest, dass zunehmend Anträge hier gestellt würden, deren Aufgaben eigentlich in die Zuständigkeit des Landes fallen würden.

Dann sollte das Land das Personal und auch die Finanzen dafür bereitstellen.

Herr Stadtrat Muskulus vertritt die Ansicht, die Kontrollen fänden ja sowieso statt.

Herr Bürgermeister Seidel bemerkt, dass in diesem Zusammenhang über die Umsetzung des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) gesprochen werde, was bekanntermaßen ein Bundesgesetz sei. Es sei ab und zu so, dass hier in der Stadt Themen behandelt würden, wo eigentlich andere Ebenen für die konkrete Umsetzung zuständig wären. Insofern teile er grundsätzlich die Einschätzung, die übrigens auch Frau Ministerin Clauß geäußert habe, dass man das VIG begrüße, sich aber zunächst für eine bundeseinheitliche Regelung einsetze. Er denke, es sei nicht zielführend, wenn jede Kommune, jeder Landkreis seine eigene Interpretation zu dieser Sachlage habe und seine eigenen Regelungen treffe.

Dort sollte und könne man abwarten. Es sei auch eine klare Aussage von Frau Clauß gewesen: Wenn es auf Bundesebene keine Einigung gebe, könne man sich auch einen sächsischen Alleingang vorstellen. Wie dieser sächsische Alleingang aussehe, wäre dann auch für Dresden interessant. In der jetzigen Situation dort schon Fakten zu schaffen halte er zumindest für schwierig.

Herr Stadtrat Vester verweist auf die Verbraucher, die letztendlich über die Gaststätten abstimmen. Schlechte Gaststätten könnten nicht lange existieren. Er würde einschätzen, dass 95 % aller Dresdner Gaststätten hervorragend sind und es gebe Beispiele, die auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt seien. Er könne sich sehr schwer vorstellen, in welche Bereiche die Antragsteller eingreifen wollen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Seidel** verweist auf den vorliegenden Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsförderung.

Der Antrag wird zur Abstimmung gebracht. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

ein Konzept vorzulegen, wonach die Landeshauptstadt Dresden

1. zukünftig grundsätzlich, also unabhängig von individuellen Anfragen, Informationen gem. § 1 Abs. 1 Verbraucherinformationsgesetz (VIG) veröffentlicht. Insbesondere sollen dabei Verstöße gegen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften im Lebensmittelbereich und der Gastronomie dargestellt werden. Die Veröffentlichung erfolgt in geeigneter Form unternehmensbezogen und individualisiert im Internet gem. § 5 Abs. 1 S. 2 VIG. Die öffentliche Darstellung soll unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes erfolgen und enden, sofern nach Zeitablauf keine weiteren Verstöße festgestellt werden,
2. eine positive und öffentliche Zertifizierung für die vorbildliche Gewährleistung der geltenden Hygienestandards und sonstigen Schutzvorschriften im Umgang mit Lebensmitteln, insbesondere im Gastronomiebereich, ermöglicht.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 5 Nein 6 Enthaltung 0

Martin Seidel
Vorsitzender

Helga Hauptmann
Schriftführerin

Elke Fischer
Stadträtin

Anita Köhler
Stadträtin